Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Kirchplatz Nr. 3.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Schulzenstraße 17, Kirchplatz 3.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. $7\frac{1}{2}$ Sgr. monatlich $12\frac{1}{2}$ Sgr., für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 226. Abendblatt. Freitag, den 15. Mai 1868.

Deutschland.

□ **Berlin**, 14. Mai. Der „Stuttgarter Beobachter" hat neulich die Blätter aufgeführt, die er als seine Gesinnungsgenossen betrachtet und deren Unterstützung er empfiehlt. Es waren die „Zukunft" (Berlin), die „Deutsche Volksztg." (Hannover), die „Hess. Volksztg." (in Kassel), der „Frankfurter Beobachter", das „Zwickauer Tageblatt", das „Coburger Volksblatt", die „Neue badische Landesztg.", der „Nürnberger Anzeiger", und die „Hessischen Volksblätter" (Kassel). Das sind die Blätter, die für eine Föderativ-Republik Propaganda machen. Dieselben Blätter sind es, die dazu beitragen, die Besorgniß von einem nahen Kriege zu verbreiten. Man kann sich denken, daß ein Dutzend Zeitungen, wenn jede derselben täglich nur eine Sensationsnachricht bringt, eine große Beunruhigung hervorrufen kann, vorausgesetzt, daß sie gläubige Leser findet. Dies ist aber wenigstens zum Theil noch der Fall und man muß sich nur über die Leichtgläubigkeit der Leser wundern, welche diesen Blättern noch Vertrauen schenken können, nachdem sie die Tendenz derselben kennen gelernt haben und durch die Thatsachen belehrt worden sind, daß diese Alarmnachrichten, auch wenn sie mit so großer Bestimmtheit vorgetragen werden, in der Regel ohne allen Grund sind. Man muß sich ferner vergegenwärtigen, wie viele hochgestellte Personen in Frankreich und Oesterreich, namentlich solche, die auf die Presse Einfluß üben, Finanzspekulation machen und häufig Interesse daran haben, Nachrichten in Umlauf zu setzen, welche auf die Course zu drücken geeignet sind. Es kommt daher in Frankreich und Oesterreich leider nur zu häufig vor, daß die Presse zu Börsenspekukation benutzt wird, woraus sich manche wunderliche Nachricht, namentlich auch ein Theil der Alarmnachrichten erklären läßt. — Der Etat der Marine-Verwaltung des norddeutschen Bundes für das Jahr 1869 veranschlagt die Einnahme auf 15,637 Thlr. gegen 34,677 Thlr. im Vorjahre. Die Ausgaben zerfallen in die laufenden Ausgaben im Gesammtbetrage von 1,868,979 Thlr. gegen 2,340,603 Thlr. im Vorjahre und in die einmaligen Ausgaben im Betrage von 3,550,0000 Thlr. gegen 2,628,376 Thlr. im Vorjahre. Die Gesammtsumme der Ausgaben stellt sich demnach auf die Summe 5,418,979 Thlr. gegen 4,968,979 Thlr. im Vorjahr. — Zwischen den Großmächten und speziell zwischen den Hansestädten einerseits und Großbritannien und Frankreich andrerseits bestehen Verträge in Bezug auf die Unterdrückung des Sklavenhandels. Auf Grund dieser Verträge haben die Kreuzer der kontrahirenden Theile das Recht, die unter der Flagge der andern Vertragsmächte fahrenden Schiffe, wenn sie des Sklavenhandels verdächtig sind, zu untersuchen und in einem durch den Vertrag festgestellten Hafen zur Kondemnirung abzuführen. Dieses Recht steht indessen nur den Kriegsschiffen zu, deren Befehlshaber mit Vollmachten von Seiten der kontrahirenden Mächte versehen sind. Da die Kauffahrteischiffe Norddeutschlands jetzt eine einheitliche Marine bilden und gemeinsam die Bundesflagge führen, ist von Seiten der englischen Regierung die Frage in Anregung gebracht worden, ob die Ausstellung der vertragsmäßigen Vollmachten ebensowohl für Preußen als die Hansestädte nicht durch das Bundespräsidium erfolgen könne. Der Bundeskanzler hat nur in einer Vorlage an den Bundesrath die verschiedene Behandlung der preußischen, hanseatischen, mecklenburgischen, oldenburgischen u. s. w. Schiffe als undurchführbar erklärt und vorgeschlagen, daß alle die Bundesflagge führenden deutschen Schiffe gleichmäßig behandelt werden und daher auch die Ausstellung der Vollmachten für die britischen Kreuzer durch das Bundespräsidium zu erfolgen habe. Der Antrag des Bundeskanzlers geht schließlich dahin, daß der Bundesrath in diesem Sinne seinen Beschluß fassen möge. — Der Marine-Hafenbau-Direktor Göcker zu Heppens ist nach Berlin berufen worden, um bezüglich der Hafenbauten an der Jahde Instruktionen zu erhalten. — Der Dirigent der Eisenbahnabtheilung im Handelsministerium, der Wirkliche Geh. Ober-Regierungsrath v. d. Reck hat seine Entlassung nachgesucht und dieselbe auch von Sr. Maj. dem König erhalten. — Die „Berliner Reform" macht die Bemerkung, daß die Geschichte über diejenigen Staatsmänner zur Tagesordnung übergehen werde, die der nationalen Entwickelung widerstreben werden, jedenfalls mit einem Seitenblick auf den Grafen Bismarck. Mit mehr Recht kann man wohl sagen, daß zwar nicht die Geschichte, die von der Berliner Reform nichts weiß, aber doch die öffentliche Meinung über ein Blatt hinweggehen wird, das solche alberne Bemerkungen macht. Dergleichen alberne Bemerkungen sind in den national-liberalen Organen neuerdings wieder in der Ordnung. Natürlich fehlt dabei auch die „Magdeburgische Zeitung" nicht, die wieder einen ungereimten Artikel gegen das Ministerium bringt, diesmal jedoch mit dem Unterschiede, daß neben den Angriffen auf die Minister Eulenburg, Mühler u. s. w. heute nicht auch eine Verherrlichung des Herrn Lasker figurirt. Diese Beschäftigung der national-liberalen Organe mit der werthen Person des Herrn Lasker fängt übrigens nachgerade an, widerwärtig zu werden. Zu dieser Bemerkung führt uns unwillkürlich der Umstand, daß für Herrn Lasker von den national-liberalen Organen wie früher eine Bundesrathsstelle, so jetzt die durch den Tod des Justizraths Böhm erledigte Rechtsanwaltsstelle in Anspruch genommen wird. Herr Lasker hat zwar ebenso wie früher in Betreff der Bundesrathsstelle so jetzt in Betreff der Rechtsanwaltsstelle erklärt, daß er sich darum nicht beworben habe; es wäre aber viel besser für ihn, seine Freunde in der Presse gäben ihm durch ihre Reklamen überhaupt keine Veranlassung zu solchen Erklärungen.

Berlin, 15. Mai. Se. Maj. der König empfing gestern Morgens den kommandirenden General v. Voigts-Rhetz vor seiner Abreise nach Hannover, den General v. Berger vor Antritt seiner Inspektionsreise und die zur Theilnahme an den Truppenbesichtigungen aus Dresden hier eingetroffenen Obersten v. Sandersleben, Kommandeur des Infanterie-Regiments Nr. 102, Garten, Kommandeur des Infanterie-Regiments Nr. 106 und v. Leonhardi, Kommandeur des Infanterie-Regiments Nr. 107 und arbeitete dann mehrere Stunden mit dem General v. Podbielski und dem Chef des Militär-Kabinets v. Tresckow. Nach dem Empfange des militärischen Gefolges des Kronprinzen auf der Reise nach Italien ertheilte der König dem Oberpräsidenten der Provinz Posen, v. Horn, eine längere Audienz, konferirte hierauf mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck und begab sich dann mit den Königlichen Prinzen zum Diner bei dem kommandirenden General des Gardekorps, Prinzen August von Würtemberg.

— Der Prinz Adalbert ist aus England hier wieder eingetroffen.

— Bekanntlich soll der Großherzog von Weimar nach Petersburg gegangen sein, um sich bei dem verwandten russischen Hofe über die Verkürzung seiner Souveränität zu beklagen. Die Nachricht, welche von der „Köln. Ztg." ausging und in der „Nat.-Z." ein mattes Dementi hervorrief, wird indirekt vom Petersburger „Golos" bestätigt. Dieser — das Blatt des Unterrichtsministeriums und grade deshalb zu Mittheilungen gebraucht, die das auswärtige Amt ohne jede eigene Verantwortlichkeit an ihre Adresse befördern will — enthält folgende auffallende Worte: „Die großen Veränderungen, welche seit dem Krimkrieg eingetreten sind, machen es Rußland unmöglich, sich der kleinen deutschen Staaten, wie früher, anzunehmen. Wie die Dinge liegen, können wir nicht mehr fremde Interessen beschützen, wenn wir unsere eigenen wahrnehmen wollen. Unsere Politik richtet sich auf den Orient, und um sie durchzuführen, müssen wir uns mit Preußen verhalten. Wenn aber ein Bruch mit Preußen unmöglich ist, wozu sollen wir beim Berliner Kabinet erst noch wegen der Kleinen petitioniren, da es doch nichts nützen wird?" Der Großherzog von Weimar ist der einzige deutsche Fürst, der sich augenblicklich in Petersburg befindet.

— Die Prozeßverhandlungen vor dem Senatsgerichtshofe in Washington gegen den Präsidenten Johnson sind beendet und der Senat hat, um die Gründe und Gegengründe von Anklage und Vertheidigung gegeneinander abzuwägen, sich bis zum Sonnabend Zeit gegeben, so daß am Sonntag die Nachricht von der getroffenen Entscheidung hier sein kann.

— Die erweiterte Kommission für Handel und Gewerbe setzte gestern die Berathung der Gewerbe-Ordnung fort und erledigte die §§. 18 bis 32.

— In Kreisen der Reichstagsabgeordneten wird jetzt die Frage diskutirt, ob die außerordentlichen Bedürfnisse für die Bundesmarine, welche durch Zurückziehung des Bundesschulden-Gesetzes jetzt zu bestreiten unmöglich geworden, nicht in Form eines Antrages aus der Mitte des Reichstags auf den Etat des Bundes pro 1869 gesetzt werden sollen.

— Die heute im Zollparlament beginnende Debatte über die Tabacksteuer-Vorlage wird voraussichtlich Freitag und Sonnabend mit der General-Diskussion ausfüllen und erst am Montag zur Spezial-Berathung des Gesetzes führen. In Abgeordnetenkreisen glaubt man, daß in Betreff der Vorlage ein Kompromiß dahin zu Stande kommen wird, daß sich die Majorität für eine Steuer von 6 Thlr. pro Morgen Tabacksanpflanzungen mit Aufhebung des Klassenunterschiedes und einen Einfuhrzoll von 5 Thlr. für den Centner ausländischer Tabacke entscheiden wird. Bei der General-Diskussion glaubt man, werden sich alle süddeutschen Abgeordneten gegen die Vorlage aussprechen. Heut Vormittag fand eine Besprechung der baierischen Abgeordneten mit dem baierischen Bundeskommissar Staatsrath v. Weber über die Vorlage statt, bei welcher letzterer sich für Annahme derselben aussprach. Die Beschlußfassung Seitens der baierischen Abgeordneten wurde bis heute früh vor der Plenarsitzung ausgesetzt.

— Die Commission zur Vorberathung des Gesetz-Entwurfs, betreffend die Aufhebung der Schuldhaft, setzte gestern die General-Diskussion über die Vorlage fort. Dieselbe drehte sich namentlich um die Frage, ob für Fremde eine Ausnahme in dem Gesetz zu machen sei und wurden hierbei besonders die Verkehrs-Verhältnisse mit Rußland hervorgehoben. Die Mehrzahl der Handelskammern hatten sich für eine solche Ausnahme erklärt und wurde diese Ansicht insbesondere von dem Referenten, Abgeordneten Lesse, und vom Abgeordneten Dr. Meyer (Thorn) befürwortet. Der Bundes-Kommissar, Geh. Ober-Justizrath Dr. Pape, wies darauf hin, daß es nicht gut angehe, eine derartige Bestimmung, welche einen Unterschied zwischen Einheimischen und Ausländern mache, in das Gesetz aufzunehmen. Selbst Frankreich, das in Bezug auf Ausländer in dieser Beziehung scharfe Bestimmungen habe, besitze in einem bezüglichen Gesetze derartige Bestimmungen nicht. Uebrigens enthalte der Paragraph 2 der Vorlage alle erforderlichen Garantieen. Für die Spezialdiskussion, welche nach einer halbstündigen Pause um 2 Uhr begann, hatte der Referent, Abgeordneter Lesse, zwei Anträge gestellt. Von anderer Seite wurde dagegen der Antrag gestellt: den §. 2 folgendermaßen zu fassen: „Die gesetzlichen Vorschriften, welche zur Sicherung der Einleitung oder Erledigung des Verfahrens einschließlich des Exekutionsverfahrens den Personalarrest gestatten, (Sicherungs-Arrest), bleiben unberührt. Es gilt dies insbesondere von den Vorschriften über den Sicherungsarrest gegen Nichtangehörige des norddeutschen Bundes zu dem Zwecke, den Gerichtsstand gegen dieselben zu begründen und die Vollstreckung der Urtheile in ihr Vermögen zu sichern." — Nachdem der Referent seine Anträge zu Gunsten des letzteren Antrages zurückgezogen hatte, wurde der §. 2 in dieser Fassung angenommen, die übrigen Paragraphen des Gesetzes wurden unverändert nach der Regierungsvorlage mit sehr großer Majorität angenommen, und zum Referenten der Abgeordnete Lesse bestellt, welcher schriftlichen Bericht erstatten wird.

— Die Petitions-Kommission des Reichstags trat gestern Mittag zur Berathung zusammen. Referent Professor Hüffer berichtete über die Petition des Herrn A. Bernstein hier um Ausrüstung einer Expedition zur Beobachtung der am 18. August d. J. stattfindenden Sonnenfinsterniß und Bewilligung einer Summe von 6000 Thlr. zu diesem Zwecke. Auf den Antrag des Referenten, welcher die ihm zugekommenen Gutachten mehrerer Astronomen, insbesondere des Professor Dr. Förster, Direktors der hiesigen Sternwarte, vorlegte, wurde von der Kommission einstimmig beschlossen, die Petition dem Bundeskanzler zur Berücksichtigung dahin zu überweisen, daß von Seiten des norddeutschen Bundes die geeigneten Maßregeln ergriffen werden, die am 18. August d. J. eintretende Sonnenfinsterniß für die Wissenschaft möglich nutzbar zu machen. Es wurde schriftlicher Bericht beschlossen, nachdem zuvor der Vertreter des Bundesrathes das Interesse zu erkennen gegeben hatte, welches Seitens des Bundesrathes für die Sache vorwalte. — Mehrere andere Petitionen wurden als zur Erörterung im Plenum nicht geeignet erachtet und durch Tagesordnung erledigt.

— Unter dem Titel: „Zwei Jahre Hietzinger Politik" ist in Leipzig bei Quandt und Händel eine Flugschrift erschienen, welche die welfischen Agitationen der beiden letzten Jahre behandelt und mit folgenden Worten schließt: „Ueberblicken wir die Politik der Hietzinger Emigranten, so ist sie eine Reihenfolge von kleinen Ränken ohne wesentliche Erfolge, eine Kette von Enttäuschungen ohne Bekehrung, ein Treiben, das eine Tragödie aufführen möchte, aber es in seiner physischen und sittlichen Ohnmacht lediglich zu Possen bringt. Man macht ein wenig von sich reden, man erhält in Hannover — namentlich in der ehemaligen Residenz — einige Aufregung und einige irrige Hoffnungen, man verlockt dort gelegentlich ein paar beschränkte Bauernburschen oder Handwerksgesellen zur Fahnenflucht und damit ins Elend, man verschafft sich für schweres Geld die Freude, zu sehen, daß radikal-demokratische Zeitungen für das göttliche Recht der Welfen schwärmen. Im Uebrigen ist von Erfolgen der Hietzinger Politik, so rührig sie ist, nichts zu berichten, als daß sie den egoistischen Geist der kleinen Höfe von ehedem, der auch vor Vaterlandsverrath nicht zurückschreckt, täglich voller in's Licht gestellt. Selbst in Hannover wird das erkannt, die Gegner Preußens täuschen hierdurch ihre Lautheit und Rührigkeit über ihre Zahl. Die ungeheure Mehrheit verhält sich völlig gleichgültig gegen die Hietzinger Politik. Die Minorität nur nimmt von ihr Notiz, und wer da hofft, grollt und wühlt, thut es meist ebenfalls aus selbstsüchtigen oder doch solchen Motiven, in denen eine Benutzung von König Georgs Ansprüchen und Mitteln für ganz andere Zwecke. Der nicht kleine Rest der in Hannover überhaupt noch gelegentlich sich an das Hietzinger Treiben Erinnernden hat für dasselbe nur den Blick unbegrenzter Verachtung."

Breslau, 14. Mai. Heute fand die Generalversammlung der Aktionäre der Gesellschaft „Minerva" statt. Nach Ertheilung der Decharche wurde an Stelle der ausscheidenden Verwaltungs-Mitglieder Justizrath Schröter, Amtsrath Schafhausen und Geh. Kommerzienrath v. Ruffer, die Herren General-Direktor Schmieder, Banquier Ignatz Leipziger und Berghauptmann Serlo gewählt. Prokurist Herdtmann und Disponent Kiseling wurden als Rechnungsrevisoren an Stelle der ausscheidenden Herren Bankdirektor Fromberg und Stadtrath Tremendt gewählt.

München, 14. Mai. Die Schweinfurt-Meininger Eisenbahn ist vertragsmäßig in längstens 5 Jahren herzustellen. Baiern pachtet den Betrieb der Meininger Strecke um $4\frac{1}{2}$ pCt. des Baukapitals auf 20 Jahre oder auf längere Zeit, falls der Vertrag vor Ablauf dieser Frist nicht gekündigt wird.

Ausland.

Wien, 14. Mai. In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde die Berathung des deutsch-österreichischen Handelsvertrages begonnen. Der Reichskanzler Freiherr v. Beust, sowie der Minister v. Plener befürworten die Annahme des Vertrages. Die Debatte wird morgen fortgesetzt werden.

— Das Herrenhaus genehmigte in der heutigen Sitzung in zweiter und dritter Lesung das Gesetz, betreffend die interkonfessionellen Verhältnisse nach Ablehnung aller Minoritäts-Anträge, gemäß dem Antrage der Kommission, welcher im Wesentlichen der von dem Unterhause genehmigten Fassung des Gesetzes entspricht.

Wien, 15. Mai. Der Grundstein zum czechischen Nationaltheater wurde am 11. in Prag unter großer Feierlichkeit empfangen. Die Czechen sind in dem Arrangement solcher Demonstrationen Meister. — Minister Giskra hat vorgestern der Deputation, die ihm den Beschluß des fünften Wiener Arbeitertags in Bezug auf das allgemeine Wahlrecht überbracht, eine lange Predigt über das „Unzeitgemäße" ihres Beschlusses gehalten. Auf die Bemerkung der Deputation, daß man über den Erfolg dieses Schrittes auf einem demnächst abzuhaltenden Arbeitertag Bericht zu erstatten habe, erklärte sich der Minister bereit, die Resolutionen dem Ministerrathe zu unterbreiten. — Herr v. Beust feiert am am Freitag seine silberne Hochzeit. — Herr Ihring ist hier eingetroffen, um die Vorbereitungen für seine im Herbst stattfindende Uebersiedelung zu treffen. — Der französische Advokat Cremieux, der nach Rumänien geht, um dort für seine jüdischen Glaubensgenossen zu wirken, wird nächster Tage hier erwartet.

Wien, 12. Mai. Ungewöhnliches Aufsehen macht hier eine „Enthüllung," welche die von Eduard Warrens herausgegebene politische und volkswirthschaftliche Wochenschrift bringt. Das Blatt veröffentlicht nämlich den Wortlaut eines zwischen Nordbahn und Staatsbahn am 25. Februar d. J. abgeschlossenen geheimen Uebereinkommens, worin letztere die Verpflichtung übernimmt, „keinerlei Anstrengungen zu machen," um den Verkehr auf ihrer jetzt im Bau

begriffenen, von dem Staate mit einer hohen Garantiesumme für Zinsen und Amortisation bedachten Strecke zu beleben, also die Strecke veröden zu lassen, damit dieser Verkehr der Nordbahn, die keine Staatsgarantie genießt, überlassen bleibe. Dagegen wird ein entsprechendes Entgelt der Nordbahn stipulirt. Die Wochenschrift nennt dieses Vorgeben eine indirekte Plünderung des Staatsschatzes. Bezüglich der auch Preußen interessirenden Flügelbahn der Pardubitzer (süd-norddeutschen Verbindungs-) Bahn, welche die Verbindung mit dem preußischen Bahnnetze herstellen soll, heißt es in dem geheimen Vertrage wörtlich: „Der Breslauer und Stettiner Verkehr soll der Nordbahn auch nach der Betriebseröffnung der Schwadowitz-Königshainer Linie überlassen bleiben, und die Staatsbahn verzichtet zu diesem Ende darauf, mit irgend einer Station ihrer Linie zwischen Wien, Brünn, Olmütz und Pardubitz in einen Verband-Verkehr nach Stettin oder Breslau via Pardubitz einzutreten." Dadurch würde insbesondere die süd-norddeutsche Verbindungsbahn (Pardubitz-Reichenberg) lahm gelegt, während die Staatsbahn sich der Regierung und der Pardubitzer Bahn gegenüber kontraktlich verpflichtet hatte, der letzteren obigen Verkehr mit ausländischen Handelsplätzen bereitwillig zuzuführen. Hier verspricht nun die Staatsbahn der Nordbahn, den Vertrag mit der Pardubitzer Bahn nicht zu erfüllen. Dagegen macht sich wieder die Nordbahn anheischig, der Staatsbahn „die volle Unterstützung behufs Bekämpfung der Westbahn-Konkurrenz zu leisten." Es verpflichtet sich also die Staatsbahn gegenüber der Nordbahn — schreibt Herr Warrens — ihre neue hochgarantirte Strecke nicht zu verwalten, „weil der Staat das Opfer zahlt, mit dem sie die Nordbahn zu Gegenleistungen besticht", und verbündet sich weiter mit der Nordbahn, „um die vom Staat garantirte Elisabeth- und Franz-Josephbahn zu ruiniren." Der Zweck des in seiner Art unerhörten Vertrages ist, um es kurz zu sagen, der, jede Konkurrenz fremder Bahnen unmöglich zu machen und die hohen Tarife der Nord- und Staatsbahn für alle Zeiten aufrecht zu erhalten. Unter solchen Umständen wird es allerdings klar, warum die Industriellen, die Handelskammern, besonders in Böhmen und Mähren, der böhmische Landes-Ausschuß und der Wiener Reichsrath sich dagegen wahren, daß die Konzession für die österreichische Nordwestbahn (Wien-Znaim-Colin) der Staatsbahn ertheilt werde. Schließlich wünscht die Wochenschrift für Oesterreich einen Handelsminister von preußischer Art, um durch seine Energie solchen Ungeheuerlichkeiten eine Ende zu machen. Die Abwehr, welche heute zwei hiesige Blätter, offenbar im Auftrage der Staatsbahn, bringen, ist lahm und umgeht die Hauptsache.

Gravenhaag, 14. Mai. Van Reenen steht auf dem Punkte, die Bildung eines Kabinets aufzugeben. Die abgetretenen Minister werden vielleicht im Amte verbleiben. Der König soll in der Wahl zögern.

Brüssel, 14. Mai. Nach hier eingegangenen Mittheilungen macht sich in Spanien eine große Agitation geltend und wird der Ausbruch einer Insurrektion für nahe bevorstehend gehalten. Zahlreiche Auswanderungen finden statt.

Paris, 14. Mai. Die für Frankreich ernannten Konsuln des norddeutschen Bundes haben ihre Funktionen begonnen. Der Botschaftsrath Graf Solms begiebt sich auf vierzehntägigen Urlaub in Familienangelegenheiten nach Deutschland. Zwischen der Kaiserlichen Regierung und der preußischen Botschaft sind die Unterhandlungen wegen Beseitigung der französischen Ausfuhr-Vergütigungen für Eisenbahn-Industriewaaren unausgesetzt im Gange.

Paris, 14. Mai. Der „Moniteur de l'Algérie" vom 12. d. veröffentlicht die Erwiderung des Kriegsministers, Marschall Niel auf die Depesche des Generalgouverneurs von Algier, d. d. 23. v. M., betreffend den jüngsten Hirtenbrief des Erzbischofs von Algier. In dem Schreiben, welches die Haltung des Generalgouverneurs in dieser Frage völlig billigt, wird hervorgehoben, daß der Kaiser nach keiner Richtung hin seine Ansicht über die Gewissensfreiheit geändert habe und dieselbe auch in vollem Maße der muhamedanischen Bevölkerung von Algier gesichert wissen wolle. Es sei deshalb nothwendig, daß die öffentliche und private Wohlthätigkeit, welche der unter der Hungersnoth leidenden Bevölkerung des Landes Unterstützung angedeihen lasse, sorgfältig den Verdacht vermeide, als lasse man sich von dem Bestreben leiten, religiöse Propaganda zu machen. — Dasselbe Blatt dementirt die Mittheilung über eine Verbannung des Erzbischofs von Algier.

— Gesetzgebender Körper. In Erwiderung der gestrigen Rede Thiers' gelegentlich der Interpellation Brame's sagte der Handelsminister Forcade: Vergrößern wir die Schwierigkeiten der Gegenwart nicht noch dadurch, daß wir Anschuldigungen gegen die Vergangenheit schleudern. An der anderen Seite des Rheins giebt es ebenfalls unruhige Geister, welche die nationalen Empfindlichkeiten aufzuregen suchen, indem sie darauf hinweisen, daß Preußen wohl Deutschland gewonnen, aber die Positionen, welche Deutschland in Luxemburg und Mantua hatte, aufgegeben hat. Lassen wir die Geschichte urtheilen und sichern wir jetzt den Frieden, indem wir eine Politik der Beruhigung herbeiführen. Mögen wir davon ablassen Zwietracht zu säen; wir werden sonst niemals dazu gelangen, die Krisen auf dem Gebiete des Handels und der Industrie zu beseitigen.

Der Minister schloß seine Rede mit folgenden Worten: Die Regierung wird auf dem Gebiete der Handelsverträge weder weiter vor- noch zurückschreiten, und auf diesem Gebiete besonders wird es zu einer Trennung zwischen Regierung und Kammer sicherlich nicht kommen. Regierung wie Kammer sind hervorgegangen aus dem allgemeinen Stimmrecht und werden sich nur mit den allgemeinen Interessen des Landes, nicht aber mit Sonderinteressen beschäftigen. Die bisher herrschende Krise ist im Weichen und Frankreich, welches dem soeben vom Kaiser in Orleans ausgesprochenen Vertrauen Beifall zollt, darf darin den wahren Ausdruck der Lage sehen. — Der Staatsrath wird Sonnabend den Vorschlag der Budget-Kommission, betreffend die Reduktion der Anleihe um 40 Millionen, prüfen.

Florenz, 14. Mai. In der Deputirten-Kammer brachte der Finanzminister Graf Cambray-Digny einen Gesetzentwurf ein, in welchem er einen außerordentlichen Kredit von 300,000 Lire zur Vertilgung der Heuschrecken in Sardinien beanspruchte. Von der Kammer wurde die Dringlichkeit der Diskussion anerkannt. — Der König ist, begleitet von dem Marine-Minister und dem Minister der öffentlichen Arbeiten, nach Genua abgereist.

London, 12. Mai. Die in Orleans gehaltene Rede des Kaisers der Franzosen, welche diesmal mehr Aufsehen erregt durch das, was sie nicht berührt, als durch ihren wirklichen Inhalt, wird wie jede napoleonische Aeußerung, hier wie anderwärts viel besprochen. „Morning Post" findet die Erwähnung des allgemeinen Friedens während der letzten zwei Jahre nicht sehr berechtigt, da die ganze Zeit über unterdrückte Aufregung und Beunruhigung mehr die herrschende Stimmung bezeichnet hätten. Daß der Kaiser nicht seine eigenen friedlichen Absichten für die Zukunft hervorgehoben, könne kaum befremden, da eine solche Versicherung von der Voraussetzung eines Verdachts auf der anderen Seite ausgehe. Der „Herald" ist ebenfalls der Ansicht: es sei natürlich, daß friedliche Gesinnungen nicht in der Rede zur Schau getragen würden. Der Grund zu dieser Meinung ist indessen ein anderer, als der von der „Morning Post" in treuer Freundschaft für das bonapartistische Haus mitgetheilte. Nach dem „Herald" halte es Napoleon für vergebene Mühe, Versicherungen zu ertheilen, die doch Niemand glaube. Nichtsdestoweniger sei es aber befriedigend, daß der Kaiser nicht die treffliche Gelegenheit benutzt habe, um die kriegerische Stimmung im Lande zu schüren. Das allein deute schon auf friedliche Absichten. Einstweilen hält die „Post", welche überhaupt die Lage ihrer Haltung gemäß für noch günstiger ansieht, einen Krieg für unwahrscheinlich. Die Garantien des europäischen Friedens seien auf festeren Grundlagen als bloßem Fürstenwort gegründet. Preußen werde keinen Krieg beginnen und Napoleon werde ebenfalls nicht so wahnsinnig sein, einen Angriff auf Preußen zu machen, bei dem er alles verlieren könne, ohne Hoffnung auf einen entsprechenden Gewinn zu haben. Ein so kluger Mann wie der dritte Napoleon werde sich nach Kräften bemühen, den Frieden zu erhalten, die kommerzielle Prosperität des Landes zu fördern und damit es zu erreichen, daß Frankreich die ihm im Einklang mit den Anforderungen der Zeit aufgebürdeten Lasten geduldig trage. — Am kommenden Donnerstag wird in Windsor bei der Königin eine Sitzung des Geh. Rathes stattfinden.

Athen, 9. Mai. Aus Candia sind hier drei Delegirte mit einem Auftrage an die Deputirtenkammer eingetroffen. In der Provinz Sphakia (Candia) hat angeblich ein zweitägiger Kampf stattgefunden, in welchem die Türken bis an das Meer zurückgeworfen sein sollen. In Canea wurden drei gefangen genommene Insurgenten füsilirt. Der britische Gesandte am griechischen Hofe, Erskine, ist nach Candia abgereist.

Newyork, 2. Mai. Wie die „Newy. Handelsztg." berichtet, sind die Einwanderungskommissäre durch das in der Staats-Legislatur angenommene Gesetz „zum besseren Schutz der Emigration" endlich in den Stand gesetzt, allen Uebelständen vorzubeugen, unter denen bisher der Einwandernde seufzte. Das summarische Verfahren, wie es sonst nur unserer langsamen Justiz gestattet war, ist nunmehr in die Hände der Emigrationskommission selbst gelegt. Dieselbe kann jeden Kapitän oder Beamten eines Einwanderer-Schiffes, welcher sich Kontraventionen zu Schulden kommen läßt, peremptorisch durch ein Subpoena vorladen und sind die Beschuldigten verpflichtet, sich innerhalb 12 Stunden vor den Kommissären zu einem Verhör zu stellen, bei welchem Letztere dieselben Vollmachten haben, wie sie den Referees zustehen. Wenn Emigranten künftig Klagen über schlechte Behandlung während der Fahrt vorzubringen haben, brauchen sie nicht mehr Tage oder Wochen zu verlieren, um zu ihrem Recht zu gelangen, sondern können sofort nach abgegebenem Protokoll weiter reisen. Die Akten werden in der Office des County Clerk niedergelegt und sind eben so gültig, als seien sie vor einem gerichtlich bestellten Referenten eidlich abgegeben worden. Wenn sich jetzt Emigranten beklagen, daß hier kein Recht zu erlangen sei und sie üble Behandlung sich ferner ruhig gefallen lassen, dann ist es ihre eigene Schuld. Besondere Anerkennung muß Herrn Friedrich Kapp gezollt werden, welcher durch Geschick und Ausdauer es erreichte, daß dieses so nothwendige Gesetz zum Schutze der Emigration erlassen worden ist.

— Der westindische Postdampfer „Tasmanian" ist mit 577,854 D. in Southampton eingelaufen. Nachrichten von Bedeutung sind nicht mitzutheilen. In Peru griff bei Abgang der Post das gelbe Fieber noch immer mehr um sich. In Lima wurden 30 und in Callao 50 Personen täglich begraben. Man erwartete die Wahl des Obersten Balta zum Präsidenten. Oberst Prato und die während seiner Amtsdauer als Präsident bei der Regierung angestellt gewesenen Freunde waren aus der Armee verabschiedet worden. — In Santiago war eine Frau im seltenen Alter von 130 Jahren gestorben. — Die Regierung von Guatemala hat eine Verfügung erlassen, welche der fremden Einwanderung in der freigiebigsten Weise entgegenkommt. Der Hafen Amapola in Honduras ist für die nächsten 20 Jahre dem fremden Handel geöffnet worden. Die Regierung hat außerdem einen Kontrakt zur Gründung einer Schweizer-, so wie einer deutschen Kolonie bestätigt. — Die Regierung von Salvador hat mit Italien einen Auslieferungs- und mit Nicaragua einen Friedens- und Handelsvertrag geschlossen.

Shangai, 16. April. Nach hier eingegangenen Nachrichten aus Japan befindet sich die Armee des Micado unweit Jeddo. Die fremde Niederlassung zu Jokohama ist unter den Schutz britischer Truppen gestellt. Eine Kollision wurde nicht befürchtet. Im Geschäfte Stillstand.

Pommern.

Stettin, 15. Mai. In der verflossenen Nacht, etwa um 12½ Uhr, brach auf dem Stahlberg'schen Brennereigrundstücke auf der Oberwiek Feuer aus, welches in Folge wiederholter Explosionen (resp. um 1 und 4½ Uhr) sich nicht nur den angrenzenden, sondern auch den auf der andern Seite der Straße belegenen Gebäuden mittheilte und bei den bedeutenden, in einzelnen Fabrik-Gebäuden lagernden Spiritus- und sonstigen leicht Feuer fangenden Vorräthen so riesige Dimensionen annahm, daß man nur ein gewaltiges Flammenmeer erblickte und die größte Gefahr für die ganze Oberwiek vorhanden war, obgleich von vornherein die umfassendsten Löschanstalten und sonstigen zur Dämpfung des Brandes, resp. Begrenzung desselben zweckmäßig erscheinenden Sicherheitsmaßregeln getroffen waren. Wie das Feuer entstanden, sowie darüber, wie groß die Zahl der leider mehrfach vorgekommenen Unglücksfälle und Verluste an Menschenleben ist, läßt sich aus der großen Menge der bei einer solchen Gelegenheit umlaufenden Gerüchte in diesem Augenblick mit Bestimmtheit nicht angeben und wir beschränken uns deshalb auf die Mittheilungen, welche wir aus sicherer Quelle erfahren zu haben glauben. Danach ist durch Brandwunden schwer beschädigt der Oberlehrer Müller, welcher das städtische Schulgebäude auf der Oberwiek bewohnte. (Derselbe ist unter ärztlicher Assistenz nach dem Krankenhause geschafft, dort aber vielleicht bereits seinen Wunden erlegen.) Ferner wird uns Herr Brand-Direktor Bock und ein Oberfeuermann als schwer, außer vielen Privatpersonen Herr Polizei-Direktor von Warnstedt, die Eisenbahn-Abtheilungsbaumeister Herren Bollmann und Magunna und einige Feuerwehrmänner als leicht beschädigt bezeichnet. — Der bisher entstandene Gesammtschade, obgleich man bei Schluß unseres Berichtes des Feuers noch keineswegs Herr war, wenn auch anscheinend jede größere Gefahr beseitigt sein dürfte, ist auf mindestens ½ Million zu schätzen. Die Gebäude folgender acht Besitzer: der Brennereibesitzer Stahlberg, Rückforth's Nachfolger und Radloff, der Viehhalter Stahlkopf und Wittwe Schmidt, der Kupferschmiede Bernau Wittwe, Magorowitz und Barow, sowie das städtische Schulhaus, von welchen die Mehrzahl bei der städtischen Feuer-Sozietät versichert, sind größtentheils durch das Feuer zerstört. Außerdem sind bei dem Brande folgende Versicherungs-Gesellschaften: die Magdeburger mit 135,000, der deutsche Phönix mit 33,000, die baierische Hypothekenbank mit 32,000, die valterländische Gesellschaft Elberfeld, Royal-Liverpool, London-Liverpool und Nord. British et Mercantile mit je 20,000, die deutsche Aktiengesellschaft in Berlin und die Gothaer Gesellschaft mit je 16,000 Thlr. betheiligt. — Die geräumige Brandstelle und weit über dieselbe hinaus deren Umgebung bietet ein trauriges Bild der Verwüstung.

— Dem Zimmermeister Herrn Kämmerling ist von der Königlichen Wasserbau-Inspektion der Konsens zu der von ihm beabsichtigten Anlage einer Fluß-Bade-Anstalt bei der dritten Oderbrücke ertheilt.

— Die Gründung einer neuen Kriegsschule für die Provinzen Preußen und Pommern wird beabsichtigt. Zuerst sollte sie, wie es hieß, nach Stolpe kommen, jetzt soll Anclam Aussicht haben. Der Militär-Fiskus will, daß die Stadt das Kriegsschulhaus bauen und dafür die Miethe beziehe. Die Zahl der Eleven beträgt 80 bis 100, die der Lehrer (Offiziere) 16 oder 18.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 14. Mai, Vormittags. Angekommene Schiffe: Humber (SD), Owen von Hull. Stolp (SD), Ziemke von Kopenhagen. Teutonia (SD), Töppe von Lübeck. Memel-Packet (SD), Wendt von Memel. — 14. Mai, Nachmittags. Hermann, Budig; Hermann Marie, Runk von Stockholm. Marie, Vehlow von Rügenwalde. Lyna, Jonassohn von Bergen. Wind: SO. Revier 14 F. Strom ausgehend.

Börsen-Berichte.

Stettin, 15. Mai. Witterung: leicht bewölkt. Temperatur + 18° R. Wind: O.

An der Börse.

Weizen niedriger bezahlt, per 2125 Pfd. loco gelber inländischer 88 bis 99 Rt., bunter 89–95 Rt., ungarischer 84–91 Rt., per 83–85pfd. Mai-Juni 94½, 94¼, 94 Rt. bez., Br. u. Gd., Juni-Juli 92 Rt. bez. u. Br., Juli-August 90 Rt. Br., Sept.-Okt. 79 Rt. Gd.

Roggen flau und niedriger, pr. 2000 Pfd. loco 62–68 Rt., per Mai-Juni 63, 62¾, ¼ Rt. bez. u. Br., Juni-Juli 62 Rt. bez. u. Br., Juli-August 59 Rt. bez. u. Br., September-Oktober 56 Rt. Br.

Gerste still, per 1750 Pfd. loco schlesische, mährische u. ungarische 49–50 Rt.

Hafer unverändert, per 1300 Pfd. loco 35–36 Rt., 47–50pfd. per Mai-Juni 36⅛ Rt. bez., Juni-Juli 36 Rt. bez.

Erbsen pr. 2250 Pfd. Futter- 60–63 Rt., bessere Sorten 65–67 Rt., Koch- 68–70 Rt.

Rüböl stille, loco 10⅙ Rt. Br., gestern 9 11/12 Rt. bez., Mai 10 Rt. Br., 9 11/12 Rt. bez., Mai-Juni 10 Rt. Br., Septbr.-Oktober 10 11/12 Rt. Br., 10 Gd.

Spiritus fest und höher, loco ohne Faß 19⅚, 20 Rt. bez., mit Faß 19⅓, 5/12 Rt. bez., Mai-Juni 19¼ Rt. bez., ⅓ Gd., Juni-Juli 19⅓ Rt. bez., Juli-August 19 5/12 Rt. Gd., August-Sept. 19⅔ Rt. bez., Septbr.-Oktober 18⅔ Rt. Gd.

Regulirungs-Preise: Weizen 94½, Roggen 60¾, Rüböl 10, Spiritus 19¼.

Berlin, 15. Mai, 2 Uhr — Min. Nachmittags. Staatsschuldscheine 84⅛ bez. Staats-Anleihe 4½ % 95⅛ bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 137 bez. Stargard-Posener Eisenb.-Aktien 93¾ bez. Oesterr. National-Anleihe 54⅜ bez. Pomm. Pfandbriefe 85¾ bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 186½ bez. Amerikaner 76½ bez.

Weizen pr. Mai 86 bez. u. Br., Roggen pr. Mai 63 bez., 61½ Br., Mai-Juni 62½ bez., 61¼ Br., Juni-Juli 61¼, 60¼ bez. Rüböl loco 10⅙ bez., Mai-Juni 10 1/12, ⅙ bez., Sept.-Oktober 10¼ Br. Spiritus loco 18¾ bez., Mai-Juni 18½, 7/12 bez., Juni-Juli 18 13/24, 7/12 bez., Juli-August 18⅞, 19 bez.

Hamburg, 14 Mai. Getreidemarkt flau. Weizen pr. Mai 5400 Pfd. netto 171 Bankothaler Br., 170 Gd., pr. Mai-Juni 164 Br. u. Gd., pr. Juli-August 153 Br., 152 Gd. Roggen pr. Mai 5000 Pfd. Brutto 119 Br., 118 Gd., per Mai-Juni 113½ Br., 113 Gd., per Juli-August 104 Br. u. Gd. Rüböl ruhig, loco 21¾, per Mai 21¾, per Oktober 22½. Spiritus stille, 27¾. Zink lebhaft, verkauft 1000 Ctr. loco à 13 Mk. 9 Sch., 5000 Ctr. Juni-Juli à 13 Mk. 8½ Sch., 2000 Ctr. Juli-August à 13 Mk. 9 Sch. — Sehr schönes Wetter.

Amsterdam, 14. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen flau, per Mai 244, per Juni 228, per Juli 224. Raps per Oktober 64½.

Stettin, den 15 Mai

Hamburg	6 Tag.	151½ bz	St. Börsenhaus-O.	4	—
"	2 Mt.	150¾ bz	St. Schauspielh.-O.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	143½ G	Pom. Chausseeb.-O.	5	—
"	2 Mt.	—	Used. Woll. Kreis-O.	5	—
London	10 Tag.	6 24¾ bz	Pr. National-V.-A.	4	116 G
"	3 Mt.	6 23¾ B	Pr. See-Assecuranz	4	—
Paris	10 Tg.	81½ bz	Pomerania	4	115 B
"	2 Mt.	81⅙ B	Union	4	105 G
Bremen	3 Mt.	—	St. Speicher-A.	5	—
St. Petersbg.	3 Wch.	—	Ver.-Speicher-A.	5	—
Wien	8 Tag.	—	Pom. Prov.-Zuckers.	5	—
"	2 Mt.	—	N. St. Zuckersied.	4	—
Preuss. Bank	4	Lomb. 4½ %	Mesch. Zuckerfabrik	4	—
Sts.-Anl. 5457	4½	—	Bredower "	4	—
" "	5	—	Walzmühle	5	—
St.-Schldsch.	3½	—	St. Portl.-Cementf.	4	—
P. Präm.-Anl.	3½	—	St. Dampfschlepp G.	5	—
Pomm. Pfdbr.	3½	—	St. Dampfschiff-V.	5	—
" "	4	—	Neue Dampfer-C.	4	93 B
" Rentenb.	4	—	Germania		100½ B
Ritt. P. P. B. A.	4	—	Vulkan		125 G
Berl.-St. E. A.	4	—	St. Dampfmühle	4	108 B
" Prior.	4	—	Pommerensd. Ch. F.	4	—
" "	4½	—	Chem. Fabrik-Ant.	4	—
Starg.-P. E. A.	4½	—	St. Kraftdünger-F.	—	—
" Prior.	4	—	Gemeinn. Bauges.	5	—
St. Stadt-O.	4½	92¾ G			—